

Eine bessere Bildung für alle – Gemeinschaftsschule NRW

Liebe Hannelore Kraft,

in der NRW-Beilage unserer Mitgliederzeitung Vorwärts 05/2007 las ich, dass der Landesverband unserer Partei eine Kampagne zur Bildungspolitik durchführt, die sich die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule zu eigen gemacht hat, nachdem in der letzten Periode sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in der Schulstrukturdebatte von ministerieller Seite kein Richtungsweisender Beitrag zu vernehmen war. So sehr ich mir zum damaligen Zeitpunkt eine Enttabuisierung der Diskussion im Sinne integrativer Bildungswege erhofft hätte, so sehr wünsche ich mir nun, in der Opposition, eine entideologisierte Diskussion, die innerparteilich fair und mit konstruktivem Gespür für realisierbare Lösungen die Meinung der Betroffenen sowie die regionalen Realitäten einbezieht.

Ich finde es ungeschickt, dass der SPD-Landesvorstand vor Beschlussfassung auf einem Landesparteitag im Rahmen öffentlicher Foren (s)eine Meinung diskutieren lässt, obwohl innerparteilich noch kein Konsens auf einem Landesparteitag herbeigeführt worden ist. Zudem halte ich es für den Prozess der Entscheidungsfindung nicht förderlich, dass ihr euch im Vorfeld bereits strikt auf ein Modell festgelegt habt!

Nach meiner Ansicht wird dem föderalen bildungspolitischen Flickenteppich wahlstrategisch mit diesem Modell kein politisch in der Fläche durchsetzbares integratives Konzept entgegengesetzt.

Die Mehrheit der KommunalpolitikerInnen, die für die angestrebte Einführung der Gemeinschaftsschule in ihrer Rolle als Schulträger vorweg von dir in Haftung genommen werden, dürften sich bislang kaum eine Meinung über die Konsequenzen dieser schulpolitischen Weichenstellung, die sie im Falle einer Regierungsübernahme erwartet, gebildet haben. Der Informationsstand innerhalb der SPD ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt an der Basis noch sehr niedrig.

Die SPD machte in der von ihr verantworteten Bildungspolitik viele Erfahrungen, grandiose Erfolge und schmerzliche Niederlagen. Sollte uns die gescheiterte Auseinandersetzung um die Einführung der so genannten „Koop-Schule“ in den Jahren von 1976-1978 nicht klüger gemacht haben? Von meinem Landesvorstand hätte ich mir gewünscht, er lege den Parteigliederungen gegenüber offen, dass es unterschiedliche schulpolitische und –strukturelle Konzepte gibt, die die Folgen sozialer Ungleichheit und früher Selektion im Bildungssektor verringern helfen. Das an das Rösner-Gutachten

angelehnte Projekt Gemeinschaftsschule mit den drei möglichen Varianten ist, nach meiner Ansicht, zum Scheitern verurteilt. Es wird die Chancen der SPD über die nächste Wahl hinaus dauerhaft schädigen, denn erste Anzeichen in Berlin und Schleswig-Holstein lassen erahnen, dass die Akzeptanz dieser Schulform nicht so euphorisch ausfällt wie das Parteiflugblätter zunächst verlautbarten und wie es der Klang der Etikettierung suggeriert. Gerade in Berlin kündigen sich bereits in der Startphase innerparteiliche Verwerfungen an. In der bürgerlichen Mitte wenden sich potenzielle Wählerinnen und Wähler ab. Die Zuwächse bei den Privatschul-Gründungen sollten wir nicht unterschätzen.

Sicher werden die Auswirkungen des demographischen Wandels zum Leidwesen und trotz des oft vorbildlichen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer Schulschließungen vor allem der von Eltern und Schülern zunehmend gemiedenen Hauptschule nahe legen. Gleichwohl werden sich Gymnasium und Realschulen, deren Selbstständigkeit wir mit gutem Grund forciert haben, dann, wenn es zum „Schwur“ kommt, in ihrer überwiegenden Anzahl „flächendeckend“ und massiv dagegen wehren unter das Dach einer Gemeinschaftsschule mit einem Kollegium und einer gemeinsamen Schulleitung zu schlüpfen.

Natürlich ist es unser vehementes Interesse, Kinder nicht in Schubladen zu stecken und ihnen die Chance längeren gemeinsamen Lernens zu ermöglichen. In unseren Gesamtschulen gibt es dafür mehr als gute Ansätze. Dieser Schulform, die, obwohl sie nicht in hinreichendem Maß über das Potenzial gymnasial „klassifizierter“ Schüler verfügt, kann nicht hoch genug angerechnet werden, wie vielen jungen Menschen sie bis heute jene Bildungsabschlüsse ermöglicht, die diesen Kindern nach dem Ende ihrer Primarstufe nicht prognostiziert worden waren. Für das Selbstwertgefühl der Kinder, ihre Fähigkeit zur Partizipation wird an dieser Schulform viel getan. Ich stelle in Diskussionen häufig fest, dass der Aufbau und der Ansatz von Gesamtschulen vielfach bei Eltern nicht ausreichend bekannt sind. Viele Eltern wollen ihre Kinder nicht dem auf acht Jahre verkürzten Bildungsweg auf dem Gymnasium mit der Gefahr einer Überforderung, Abstufung und Beschämung aussetzen, wohl ein wichtiger Grund, warum eine große Anzahl von Gesamtschulen Steigerungsraten bei ihren Anmeldungen zu verzeichnen haben. Darin liegt eine neue Chance für diese Schulform. Warum wird sie in dem von dir bevorzugten Strukturmodell so schamhaft versteckt?

Ebenso gibt es viele Beispiele von Schulen innerhalb des gegliederten Systems, die Hoffnung machen, dass mangelnde Durchlässigkeit, Förder- und Fehlerkultur keine konstitutiven Eigenheiten dieser Schulformen sein müssen. Es gibt qualitativ viele wirklich gute Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen, auch in sozialen Brennpunkten, und ebenso solche, die dringend verbesserungsbedürftig sind. Ein „Blick über den Zaun“ zu den alternativen

Schulformen und -modellen kann zusätzlich nützliche Anregungen bieten. In der jüngsten Zeitschrift „psychologie heute.compact“ lese ich heute: „Doch so schlecht wie ihr Ruf ist die schulische Pädagogik nicht. Es gibt interessante Ansätze, die aus der Schule wieder einen Ort motivierten Lernens und Lehrens machen konnten.“ Das ist ermutigend.

Die Kollegien in den weiterführenden Schulen sind gegenwärtig mit der Umsetzung neuer Kerncurricula, mit zentralen Abschlussprüfungen, den Folgen der Schulzeitverkürzung sowie mit dem Zentralabitur, mit Lern- und Sprachstandsanalysen, Förderkonzepten, Vorbereitungen auf Schulinspektionen im Rahmen der Qualitätsanalyse usw. vollends ausgelastet. Sie unterrichten häufig Kinder, die mit der vorgezogenen Einführung der zweiten Fremdsprache in der sechsten Klasse im Hinblick auf ihre Entwicklung überfordert sind. Die Schulen haben sich mit Schulprogrammen eigene Profile gegeben und auf den Weg in die Eigenverantwortlichkeit (oft genug des Mangels) begeben. Der Unterricht in der Sekundarstufe I dehnt sich zunehmend in einen Ganzttag hinein aus, der wegen mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung nur als Provisorium gelten und nicht „flächendeckend“ ohne zusätzliche öffentlich bereit gestellte Ressourcen im Sinne einer kindgerechten, guten und gesunden Schule pädagogisch nutzbar ist. Es gibt also schon Herausforderungen genug, um die sich unsere Partei Verdienste erworben hat und weiter erwerben sollte! Ich bin der Meinung, dass die bislang in unserer Regierungszeit angeschobenen Vorhaben inhaltlich im Schulalltag nachhaltig und geduldig!!! verankert sowie Erfahrungen (selbst)kritisch ausgewertet werden sollten.

Ich befürchte, dass, trotz des begrüßenswerten integrativen Ansatzes und der angenehm klingenden Bezeichnung Gemeinschaftsschule, das vom Landesvorstand bevorzugte Modell vor Ort zu großer Verunsicherung, zu Schwarz-Weiß-Denken und zu einem schulpolitischen Unfrieden führen wird. Zwei Varianten dieses Modells lassen nach der sechsten Klasse die Selektion nach Schulform-Profilklassen zu, eine interne Sortierung, die dem Geist einer Gemeinschaftsschule per se widerspricht und hinter die Errungenschaften der Gesamtschule zurückfällt. Die Kompatibilität der vom Landesvorstand in dem Gemeinschaftsschulmodell den Schulträgern zur Auswahl gestellten Varianten ist schon deshalb nicht gegeben, weil mittlerweile einer fünfjährigen Verweildauer in der Sekundarstufe I am Gymnasium eine sechsjährige Verweildauer an den anderen Schulformen gegenüber steht.

Eine „Finnlandisierung“ unserer Bildungslandschaft benötigen wir tatsächlich, jedoch nicht allein aus dem Blickwinkel der Schulstruktur, sondern vor allem mit der Zielrichtung einer besseren Bildung und Erziehung, die dazu beiträgt, dass Schüler-Lehrer-Relationen verbessert, Lehrpläne entrümpelt, Methodenkompetenz mit den Anforderungen der Fachdidaktik verzahnt, ein entwicklungsorientiertes Erziehungsverständnis sowie der Umgang mit

Heterogenität in der Lehrerausbildung vermittelt, die Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Jugendhilfe-Einrichtungen professionalisiert und dem Lernen mehr Zeit und Raum, besonders für eine gute Beratung und zusätzliche Förder- und Integrationsangebote für Kinder aus Zuwanderer-Familien - zugestanden wird. Mit Bedacht wies eine frühere, wohlgernt eine sozialdemokratische Bildungsministerin darauf hin, man müsse „auf die Akzeptanz des Systems achten, d.h. die Eltern und Beschäftigten überzeugen.“ Sie mahnte an, dass „Systembrüche und Hauruckverfahren vermieden und stattdessen kontinuierliche Entwicklungen gestaltet werden müssen.“

Sicher ist: Das dreigliedrige Schulsystem weist zum Teil eklatante Mängel auf. Auf den Nägeln brennt besonders die prekäre Situation der Hauptschulen! Es steht fest, dass dieser Schulform in der Fläche eine Zukunft verwehrt sein wird. Damit ihre potenziellen Besucher die Chance auf eine bessere Zukunft und Bildung haben können, wird die schulgesetzliche Grundlage geschaffen werden müssen, ihnen Zugang zu einer anderen Sekundarschule zu ermöglichen. Zusätzlich zu den existierenden Gesamtschulen sollten mittelfristig die Realschulen mit den Resten der auslaufenden Hauptschule in einer Sekundarschule fusionieren können. Ob deren Name Gesamt-, Sekundar-, Gemeinschafts- oder Regionalschule sein wird, scheint mir zunächst unwesentlich. Sollte es vor Ort keine Gesamtschule geben, so bieten sich Neugründungen, die sich aus dem Potenzial der Real- und ehemaligen Hauptschulen rekrutieren, an. Ist nicht schon dieses Vorhaben pädagogisch, fachlich und politisch schwierig genug? Außerdem braucht jede Regierung, die den Status der Hauptschule verändern will, wie dir bekannt ist, wegen deren Verfassungsverankerung die Zustimmung der Opposition. Gehst du denn wirklich davon aus, mit einer SPD- Festlegung auf die Gemeinschaftsschule und Oberstufenzentren wäre da Bewegungsspielraum vorhanden? Damit wäre die Beschlussfassung ohnehin nur innerparteilich von Bedeutung. Sie führte aber zu erheblicher gesellschaftlicher Isolation und kaum zu einer Regierungsfähigkeit, die stets auch Handlungsfähigkeit bedeuten müsste.

In Richtung auf ein integratives Schulsystem wären wir, wenn es gelänge neben dem Gymnasium tatsächlich flächendeckend eine zweite Säule zu etablieren, jedenfalls einen großen Schritt weiter gekommen (und der wird schon schwer genug). Der GEW-Hauptvorstand stellte in einem Beschluss vom 17./18. Juni 2005 die Frage „Ist eine Variante denkbar und durchsetzbar, bei der die beiden Schulformen (Gymnasium + Sekundarschule, P.P.) in Bezug auf Bildungsangebot und –abschluss gleichwertig (nicht gleichartig) sind, sich zwar durch unterschiedliche pädagogische Profile unterscheiden, aber einander nicht hierarchisch zugeordnet sind und es folglich keine höhere und niedrigere Schulform gibt?“ Ich halte das für eine konstruktive Frage, weil in ihr, obgleich die GEW langfristig ihr Konzept Eine Schule für alle verfolgt, zumindest die Option für das Zwei-Säulen-Modell auf dem Weg hin zu integrativen Strukturen

pragmatisch offen gehalten worden ist. Diese Offenheit hätte ich mir von euch auch erwartet.

Warum werden die Vorschläge u.a. vom Herausgeber der Shell-Studie, Klaus Hurrelmann oder von unserer ehemaligen Bildungs- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler leichtfertig vom Tisch gefegt? Ich kann dich nur dringend darum bitten, in dieser wichtigen Angelegenheit selbst nicht in Schubladen zu denken.

Ich möchte mit diesem Schreiben anregen, das du/der Landesvorstand/die Fraktion deine/Eure Position noch einmal ausführlich überdenk(s)t. Ich möchte dir/euch empfehlen, dass

wir als ersten großen Schritt zur Integration zunächst eine auf zwei Säulen basierende Schulstruktur, eine wie immer genannte integrative Sekundarschule (vgl. Gesamtschule), die gleichberechtigt neben die gymnasiale Sekundarstufe tritt, deren Verweildauer jedoch um ein Jahr über der in der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums liegt, anstreben.

diese integrative Sekundarschule mit einer Oberstufe ausgestattet werden muss, die die Erfahrungen der Berufskollegs einbezieht.

es den Gymnasien in der Mittelstufe nicht mehr gestattet ist, Kinder in die integrative Sekundarschule abzugeben.

nach dem Ende der Sekundarstufe (Gymnasium: 5 Jahre Sekundarschule: 6 Jahre) ein Wechsel in die dreijährige Oberstufe der jeweils anderen Schulform ohne Komplikationen möglich sein muss. Die Oberstufen der beiden Schulformen könnten bei Bedarf im Sinne eines vielfältigen Fächerangebotes miteinander kooperieren.

Letztendlich kommt es darauf an, die beiden „Säulen“ fachlich, pädagogisch und sachlich im Sinne meiner oben genannten Aspekte zur Schulqualität auszustatten. Die Lerngruppen müssen vor allem im Primar- und ersten Sekundarbereich deutlich kleiner werden. Langfristig halte ich es durchaus für möglich, dass, wenn es regional und aus Sicht der Schulen gewollt wird, die beiden „Säulen“ sich zunehmend aufeinander beziehen. Da unsere Partei nach der nächsten Wahl kaum aus eigener Kraft die Regierungsgeschäfte übernehmen dürfte, würden sich „aufgeklärt“ denkende Politiker/innen in anderen Parteien durchaus ohne Gesichtsverluste auf dieses Modell zu bewegen können. Eine weitere große Chance liegt in dem Zwei Säulen – Modell: Eine mit größeren Kompetenzen ausgestattete und dringend erforderliche Bundesbildungspolitik wird im Sinne aller am Schulleben beteiligten Gruppen m. E. nur dann errungen werden können, wenn föderaler Provinzialismus überwunden wird. Das Zwei-Säulen-Modell halte ich für bundesweit ausbaufähig. Argumente finden sich u.a. in Publikationen der oben genannten Befürworter. Was nützt es, wenn wir bundesweit Bildungsstandards vereinbaren und einander annähern und parallel

dazu in einigen Bundesländern (und dann noch im Einzugsbereich eines jeden Schulträgers) ein nicht mehr zu überschauendes und nicht mehr vergleichbares Schulform-Allerlei bekommen, das kein einziges, wissenschaftlich identifiziertes Problem wirklich löst und nur neue schafft?

In der Hoffnung noch etwas bewegen zu können verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

(Peter Pahmeyer)*

* zu meiner Person: 48 Jahre, seit meinem 16. Lebensjahr Mitglied der SPD. Bis zum Ende der 80er Jahre in zahlreichen Funktionen der SPD (SPD-Bezirksvorstand, Delegierter zu Bundesparteitag, UB- und OV-Vorstand, JuSo-Bundesausschuss- und JuSo-Bezirksvorsitz) tätig gewesen, auch Ratsmitglied. Bei Geburt des ersten Sohnes im Jahre 1990 zwecks Familieneinsatz und wegen beruflicher Qualifizierung politisches Engagement radikal reduziert; verh.; zwei Kinder (10 und 17), die beide eine Gesamtschule besuchen; selbst Lehrerausbildung und Referendariat (Gymnasium+Gesamtschule), zunächst Unterricht an privater Weiterbildungseinrichtung (Sprach- und Integrationsunterricht von Migranten), danach Pädagogische Leitung und stellvertretende Schulleitung der Euro-Schulen-Organisation Bielefeld, Übergang in den staatlichen Schuldienst (4 Jahre Lehrer an einer Ganztags-Realschule, Wechsel zum Gymnasium Horn-Bad Meinberg, seit dem letzten Jahr dort stellvertretender Schulleiter); Koordination eines Netzwerkes Horn-Bad Meinberger Schulen; Netzwerk-Koordinator OW-L im Rahmen des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“